

Kanzler Kickl in Sicht: Sorgen und Proteste wecken Ängste in Österreich!

Herbert Kickl, FPÖ-Chef, verliert an Zustimmung vor der Angelobung als Kanzler. Proteste kündigen Widerstand gegen die neue Regierung an.

Bundeskanzleramt, Wien, Österreich - Österreich steht an einem Wendepunkt: FPÖ-Chef Herbert Kickl, der seine Partei in den letzten Umfragen an die Spitze führte, muss einen ersten Rückschlag hinnehmen, bevor er überhaupt das Kanzleramt übernimmt. Laut einer aktuellen Umfrage der Lazarsfeld Gesellschaft, die für oe24 durchgeführt wurde, verliert Kickl drei Prozentpunkte und liegt nun bei 26 %. Trotz dieser Delle bleibt er jedoch unerreicht an der Spitze der Kanzlerfrage, während Interimskanzler Alexander Schallenberg mit 12 % und SPÖ-Chef Andreas Babler mit 13 % weit hinter ihm rangieren. Angesichts der Koalitionsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP, die Fortschritte erzielen konnten, rückt das Kanzleramt in greifbare Nähe für Kickl, wie auch auf tagesschau.de berichtet wird.

Ängste in der Bevölkerung

Die Möglichkeit, dass Kickl tatsächlich Kanzler wird, hat in der österreichischen Bevölkerung Besorgnis ausgelöst. Am vergangenen Donnerstag demonstrierten Tausende vor dem Bundeskanzleramt in Wien, um ihre Angst vor einer Regierung unter Kickls Führung zum Ausdruck zu bringen. Besonders die jüdische Gemeinschaft äußert Bedenken, dass eine Regierung, die von rechten Ideologien durchzogen wird, eine Bedrohung darstellt. Alon Ishay, Präsident der jüdischen Hochschülerschaft, bezeichnete die Situation als die potenziell „rechtsextremste

Regierung, die es in Österreich seit 1945 gab“. Parallel dazu befürchten auch zahlreiche Menschen aus anderen Minderheiten eine Verschlechterung ihrer Situation unter der FPÖ-Regierung.

Die FPÖ hat zudem weitreichende Pläne, die mit einer potenziellen Regierung unter Kickl in Verbindung stehen. Diese beinhalten ein Ende der Russland-Sanktionen und den Vorschlag, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu reformieren. Besonders in der LGBTQ+-Community besteht Sorge, dass unter einer schwarz-blauen Regierung Rechte von queeren Menschen untergraben werden könnten. Ann-Sophie Otte, Vorsitzende des Lesben- und Schwulenverbands, hebt hervor, dass in der Gesellschaft bereits jetzt Hassverbrechen zunehmen und die Gefahr, dass queerfeindliche Maßnahmen wieder aufkommen, nicht ignoriert werden kann.

Details	
Ort	Bundeskanzleramt, Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at